

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Verlagspreis: freibleibend einschließlich Bringerlohn vom 16. bis 31. August  
500 000.— M., unter Abrechnung für Deutschland wöchentlich 250 000.— M.,  
auswärts 125 000.— M., Einzelnummer 40 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die typographische Komposition 25 000.— M., auswärts  
30 000.— M., die 3gep. Zeilen 100 000.— M., auswärts 125 000.— M.,  
Ausland 100 000 u. 300 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familien-  
anzieg. Straßen- u. Metzgerzettel 40 Proz. Rab. Für Briefniederleg. 10 000 M.

Nr. 190

Dresden, Donnerstag den 16. August 1923

34. Jahrg.

## Wirtschaftspolitik und Einzelhandel

Vom sächsischen Wirtschaftsminister Zellisch

Das soziale und wirtschaftliche Leben Deutschlands wird zur Zeit weitaus mehr als je zuvor entscheidend beeinflusst durch eine völlig neuartige Interessensituation, die wir früher nicht kannten. Die sozialen Schichten haben sich unter so vielen Geld- und Wirtschaftsverhältnissen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Klassen, d. h. deutscher ausgedrückt, nach ihrem Einkommen und dem Grade ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit oder Unselbstständigkeit. Nur nebenbei durchkreuzten besondere Standesmomente dieses sozialgeschichtlichen Prinzip, das sich zweifellos auch heute noch mit oberer Bestimmtheit auswirkt. Daneben aber wird neuerdings die Interessensituation entscheidend bestimmt durch unsere trübenden Währungsverhältnisse, deren Auswirkungen für einzelne Schichten unseres Volkes in dem Maße immer verhängnisvoller werden, wie die Entwertung der deutschen Mark weiter vor sich geht. Und doch wird durch die neuen Markentwertungen nicht mehr in dem Maße wie noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Gesamtheit unserer Bevölkerung ganz gleichmäßig beunruhigt und erschüttert.

Es ist heute nur noch ein ganz bestimmter Teil des Volkes, der in seiner wirtschaftlichen Existenz und in all seinen Existenzbedingungen durch jede neue Markentwertung mehr und mehr herabgedrückt und der Verarmung oder gar Verelendung entgegengeführt wird. Innerpolitisch und innerwirtschaftlich betrachtet ist es gewiß ein Unglück für uns, daß die deutsche Mark in ihrem Werte überhaupt so sehr sinken mußte. Das weit größere Unglück besteht jedoch darin, daß wir im deutschen Wirtschaftsleben zur Zeit nicht einseitig noch einer niedrigeren Währungsform Rechnung führen, sondern daß sich zwei Währungen im Wirtschaftskreislauf in denselben Bande gegenüberfinden. Man übertrifft wohl kaum, wenn man sagt, daß während der Dollar von 80 000 auf 1000 M. gesunken war, Teile der Industrie und des Großhandels in einen größeren Schwere und in weit erheblichere momentane Schwierigkeiten gerieten, als es vor kurzem der Fall war, da der Dollar umgerechnet von 80 000 auf über 175 000 M. in die Höhe schnellte. Das erklärt sich daraus, daß sich heute die Industrie und weite Teile des Großhandels schon fast völlig auf die Goldwährung umgestellt haben, d. h. sie fordern bei ihrer Preisstellung sowie bei der Abrechnung der Warenpreise die Goldwährung, während die Masse der Bevölkerung, die den Großhandel und die Industrie bedient, sich auf die Papierwährung bezieht. Aus diesem Grunde bietet für diese Kreise des Wirtschaftslebens die sehr rasch fortschreitende Markentwertung nicht mehr eine so katastrophale Gefahr. Das ist um so weniger der Fall, als diese Kreise wohl noch Goldwährung rechnen, wenn sie Forderungen an Dritte zu stellen haben, sich aber die Papierwährungsrechnung noch nicht angewöhnt haben für die Fälle, wo sie, abgesehen vom Rohstoffbezug vom Auslande, Selbstleistungen an Dritte zu erfüllen haben. Der Preisforderung nach Goldmark steht z. B. die Gewährung des Lohnes und Gehaltes an Arbeiter und Angestellte gegenüber. Das Einkommen dieser breiten Schichten ist aber Gradmesser und Maßstab für die allgemeine Kaufkraft. Da diese naturgemäß bei jeder weiteren Markentwertung aus den dargelegten Gründen geringer werden muß, so leidet unter diesem Umstande natürlich in erster Linie der Stand am allermeisten, dessen Existenzbedingungen einzig und allein von dieser Kaufkraft abhängig sind, und das ist der Einzelhandel. Dieser hat bisher gewohnheitsmäßig noch mit der Papierwährung rechnen müssen, weil diejenigen Volksschichten, von denen er lebt, auch damit rechnen mußten und ihn deshalb noch Goldwährung nicht bezogen konnten.

Einzelhandel und Konsumenten sind daher heute die Interessenschichten der Papierwährung, und neben ihnen befinden sich die Großindustriellen und agrarischen Erzeuger. Die in wesentlichen schon die Goldwährung für sich in Anspruch nehmen. So klammern sich die Interessenschichten in Deutschland heute in der Hauptsache noch diesen beiden gleichzeitig nebeneinanderstehenden Währungen, der Goldwährung und der Papierwährung.

Volkswirtschaftlich und sozial ist diese Erscheinung außerordentlich besorgniserregend. Die Anwendung der Preisforderung in Goldwährung ist gerade den wirtschaftlich starken Gruppen unserer Väterzeugung und des Güterumlaufs bisher gelungen, Papierwährung beherrscht noch die Geschäfts- und Lebensbedingungen der wirtschaftlich schwächeren Einzelhändler und der Konsumenten. In dem Maße, wie es eine Interessengruppe aber versteht, sich von der Papierwährung freizumachen und zur Goldwährung überzugehen, schiebt sie sich vor der Zeitnahme am Substanzverlust des gesamten volkswirtschaftlichen Betriebes. In demselben Ausmaß also, wie sich Industrie und agrarische Erzeugung sowie auch ein erheblicher Teil des Großhandels durch Rückkehr zur Goldwährung von der eigenen Mittragung am Substanzverlust befreien, werden Einzelhandel und Konsumenten in sozialer Folgeverwirrung dazu verurteilt, mehr und mehr die Lasten dieses Substanzverlustes allein zu tragen. Das führt mit Notwendigkeit zu einer immer größeren Verarmung dieser Schichten. Die Masse der Verbraucher hat schon seit langem einen Substanzverlust durch das enorme Sinken des Reallohnes zu ertragen, der so niedrig geworden ist, daß die verbrauchte Arbeitskraft immer nur zu einem ganz verminderten

Teile wieder hergestellt werden kann und beim Einzelhandel zeigt sich der Substanzverlust in der Verringerung des Warenbestandes, über den auch die höchstgelegenen Kennwertzahlen nicht mehr hinwegtäuschen können. Einzelhandel und Konsumenten stehen daher in einer aus zwangsläufigen wirtschaftlichen Tatsachen heraus entstandenen Solidarität der Interessengruppe der Goldwährungsrechner gegenüber. Diese Solidarität zwischen Einzelhandel und Konsumenten ist leider noch nicht in das Bewußtsein der Beteiligten übergegangen, denn sonst würden sie das Schwerkriegs ihres Angriffsstumpfes schon längst mit vereinter Kraft gegen die Goldwährungsrechner gerichtet haben.

Der Einzelhandel befindet sich im Zuge der Entwicklung in einer Zwangslage, die sich für seine Existenz trotz aller Anstrengungen nicht vermeiden läßt. Er muß sich den ihm diktierten Preisgeboten der wirtschaftlich mächtigen Goldwährungsrechner fügen und hat nicht die Möglichkeit, beim nur nach Papierwährung bezahlten Konsumenten das herausgeholt, was ein normales Äquivalent der eigenen Preisleistungen bedeutet. Der Konsument ist in einer ebenso traurigen Lage. Er wehrt sich mit einem berechtigten Selbstschutzes gegen die vollständige Verelendung, und da er dann zuweilen an der Aufgabe verzweifelt, so rächt es es notwendig ist, den starken Goldwährungsinteressengruppen das abzurufen, was die normale Wirtschaftsverhältnisse seiner blühenden Lebenslage erfordert, so kämpft er mitunter in einer tödlichen Verleumdung der Verhältnisse mit dem stärksten Druck gegen den Einzelhandel. Das ist menschlich verständlich, volkswirtschaftlich betrachtet jedoch irrig. Es ist selbstverständlich, daß immer nur der lautierte Einzelhändler zum Objekt dieser Betrachtung gestellt ist, denn der Wucherer und Betrüger, der die Ausnahme bilden soll, kann nie das geeignete Objekt zur Vorahme einer wirtschaftlichen Untersuchung sein. Diese Voraussetzung zugrunde gelegt, verarmen, wenn die Dinge so weiter gehen wie bisher, Konsument und Einzelhandel mit ihrer Substanz immer mehr, während sich die wirtschaftlich starken Goldwährungsrechner mehr und mehr der Opferleistung, die die ungeheure gegenwärtige Not von uns verlangt, preislich entziehen. Die Wirkung muß die sein, daß der soziale Kampf im Volke sich dauernd verschärft und Gefahren entstehen, durch die die Verzweiflung und die durch sie herbeigeführten tragischen Folgen immer mehr an uns heranrücken. Wollen wir dieser Entwicklung entgegengehen, dann muß die Währung ausgleichend werden.

## Kommunistische Niederlage

Der von den Kommunisten unternommene Generalstreik hat mit einem vollständigen Mißerfolg geendet. Das war vorausgesehen, weil der Generalstreik kein bestimmtes, durch die Entwicklung notwendiges Ziel hatte und überhaupt jeder klaren Grundlage entbehrte. Angedordnet war der Streik von den Kommunisten durch ihre Berliner (und letzten Grades Moskauer) Zentrale, aber die formale Bekundung und Durchführung übertrug man den Betriebsräten. Obwohl in Berlin und in Mitteldeutschland wurden Betriebsratskongresse vorgeschoben. Das schien zunächst für die Kommunisten ein Vorteil zu sein, erweist sich aber bald als gefährlich für sie, denn die Betriebsratsorganisationen stehen noch immer in harter Beziehung zu den Gewerkschaften, so daß sie in ihrer Gesamtheit noch nicht zum blinden Hülfsgewand der kommunistischen Parteileiter geworden sind. In Mitteldeutschland entzogen sich die sozialdemokratischen Betriebsräte der kommunistischen Diktatur und appellierten an die gewerkschaftliche Einsicht der Arbeiter. So konnte die Parole des Streiks in Halle, Mitteldeutschland sei wieder zum Ausgangspunkt für die „Erhebung der Arbeiterklasse zur Diktatur“ zu machen, nicht durchgeführt werden. Die Arbeiter folgten nur zum Teil der Streikparole, und zwar auch nicht aus „Einsicht und Überzeugung“, sondern aus dem Verzweiflungsdrange der Not und des Elends. Da das Zentrum der Bewegung, also Mitteldeutschland, verjagt, mußte auch Berlin abfallen. Dabei ist es nur zu den schwersten Herwürnissen zwischen der Leitung der K. P. D., die den Streik fortzusetzen erging, und den Betriebsratsleitungen gekommen. Die Ausschanderlegung über die Schuld am Zusammenbruch wird demnach die verantwortlichen Diktatoren entlasten.

Aber abgesehen von organisatorischen Fehler mußte auch der Streik seines verfassungsmäßigen Zweckes verlustig werden. Inert war das Ziel Sturz der Cuno-Regierung. Doch die verfassungsmäßige Lösung des Streiks durch den sozialdemokratischen Fraktionsbegriff über unsere Forderungen. Denn das war das Ziel im „Sturz der Cuno-Regierung“ — doch dafür ist die Masse der Arbeiter nicht zu gewinnen. Gewiß ist die Diktatur für proletarische Parteien ein Hebel, aber es ist nach Ansicht der Mehrheit der Parteiführung diktiert durch die zwingende Not. Und es ist gegenüber dem sonst unvermeidlichen Chaos, aus dem sich die schrankenlose großkapitalistische Diktatur erheben würde, noch das kleinere Übel — immer noch Ansicht der sozialdemokratischen Mehrheit. Und eine Koalitionsregierung über lediglich wegen ihres Charakters

d. h. auch der Einzelhandel muß der gleichen Währung unterstellt sein, die beim Erzeuger schon längst besteht, und Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen durch eine gleiche Lohn- und Gehaltskala in den Stand gesetzt werden, ihre Kaufkraft so weit zu erheben, daß auch sie in diese Währungsrechnung eingegliedert sind.

## Verdreifachung der Steuerung

Berlin, 15. August. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 13. August auf das 436 fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (149 531) beträgt somit 192,2 u. G., also rund 200 Prozent, was einer Verdreifachung der Preise gleichkommt. Die Reichsindexziffer gibt aber bei weitem nicht den wirklichen Grund der Steuerung an, zumal für die unentbehrlichsten Lebensmittel. Die Preissteigerung in den letzten Tagen war noch viel größer.

## Trübes aus dem Ruhrgebiet

Münster, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Datteln kam es am Mittwoch nachmittag zu schweren Ausschreitungen kommunistischer Elemente. Circa 5-6000 Mann bedrohten das Lebensmittellager, führten das Amtshaus und mißhandelten den Polizeibeamten, dem ein Margarinefabrikanten den Kopf gestrichelt wurde. Die zur Entsetzung des Amtshauses herbeigeholten Polizeibeamten, die auf Aufrechterhaltung des Gesetzes angewiesen waren, wurden schwer mißhandelt. Acht Beamte mußten schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden, die übrigen sieben wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Polizeiliche Verhaftungen aus Reddinghausen wurden gleichfalls von der Menge angehalten und angegriffen. Sie hatten drei Verletzte. Von den Ruhestörern wurden, soweit bisher bekannt wurde, fünf Mann verhaftet. Von Reddinghausen sind am Mittwoch polizeiliche Verhaftungen eingetroffen. Die Besatzung hat das Eingreifen abgelehnt und sich nur zur Stellung einzelner Patrouillen bereit erklärt.

Esfeld, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Rültheim (Ruhr) sind die Besatzungen der Jechen mit Ausnahme der Jechen Gegenstand wieder eingefahren. Sie üben jedoch passives Verhalten. Auf den Jechen-Werken wird voll gearbeitet. Auch in Oberhausen sind die Besatzungen überall eingefahren. In Dörpe fanden nach den Plünderungen des Dienstag am Mittwoch morgen erneut Zusammenkünfte auf den Straßen statt, ohne daß es aber zu Zwischenfällen gekommen ist. Von der Polizei, die von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unterstützt wurde, sind im Laufe des Dienstag etwa 50 an den Plünderungen beteiligte Personen festgenommen worden. In Duer und Gladder ist das für Lohnzahlungen erforderliche Geld flüssig gemacht worden; die Folge ist, daß überall gearbeitet wird.

als „Koalition“ zu stürzen, wird sich keine Arbeiterklasse in den Generalstreik treiben lassen. Denn die elementarste Voraussetzung fordert doch, daß man erst die Laten der Koalitionsregierung sehen müsse. Ihr Programm, mehr noch aber die Durchsetzung des Programms ist doch entscheidend. Und dann wird es erst Zeit sein, wenn die neue Regierung auch vorzugen sollte, mit dem letzten Mittel auf den Plan zu treten.

Doch solche vernünftige Erwägungen sind in gegenüber der Leitung der K. P. D. völlig vergeblich. Die K. P. D. Führung wollte ja das Durcheinander, die Zerlegung der Arbeiterbewegung, auf daß sie die Sowjet-Diktatur errichten könne. Für die K. P. D. ist die ganze Bewegung kein Ringen um Linderung der Not, um Lebensmittelfürsorge und Bekämpfung des Elendes, sondern um Durchsetzung der Hochdiktatur der K. P. D. Zentrale — im Auftrag von Moskau. Wenn größere Teile der Arbeiterklasse diese Politik nicht durchschauen oder sich noch nicht von ihr lösen können, so ist das nur eine Folge der grenzenlosen Not und Verelendung, die jetzt die Arbeiter zermüht. Wäre nicht die Verzweiflung über das Elend den kommunistischen Diktatoren zu Hilfe gekommen, ihre Generalstreikparole wäre überhaupt verpufft. Aber auch nach dem Scheitern dieses Abenteuers der Sowjet wird die Selbstbehauptung der Arbeiterklasse große Fortschritte machen. Die schuldigen Diktatoren der kommunistischen Herrschaft, die mitteleuropäischen Proletariat, entziehen sich jetzt schon den Scherben — man denke, daß die 20 000 Arbeiter des Leuna-Werkes (Merseburg) die Generalstreikparole beifolgt haben! — so daß auf Behauptung der proletarisch-kommunistischen Bewegung zu rechnen ist. Das wird ein Gewinn für die Arbeiterklasse im planmäßigen Ringen um ihren Aufstieg sein.

## Arbeitsaufnahme in Berlin

Berlin, 16. August. (Eigener Bericht.) In Groß-Berlin ist am Mittwoch die Arbeit fast allgemein wieder aufgenommen worden. Nur vereinzelt kam es noch zu Streikfällen; insbesondere in den Betrieben, wo Entlassungen der Streikenden vorgenommen wurden sind. Soweit in den städtischen Betrieben Berlin einige der städtischen Generalstreiks der kommunistischen Entlassungen teilnehmenden haben, soll durch eine Kommission aus zwei Vertretern der Gewerkschaften und zwei Vertretern der Kommunisten und einem Vertreter der Arbeiterprüfung der Berechtigung der Entlassungen vorzugehen werden. Es ist zu hoffen, daß auch die Metallindustrie für dieses Verhalten der städtischen Verwaltung, das auf eine Linie der Kommunisten selbst zurückgeht, zu eben macht, um die Kommunisten im Wirtschaftsleben zu weichen zu lassen.

Die Nachrichten aus dem Reich zeigen, daß überall die

\* Wir entnehmen diesen Artikel der Zeitungs-Beilage, Wochen-Kritik für die gesamte Textilindustrie, Nr. 12